



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

zu „Ein Pakt mit dem Handwerk für niedrigrschwellige Energiesparmaßnahmen“  
(Drucksache 20/252)

### **Energiekrise langfristig lösen – niedrigrschwelligen Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger**

Der Landtag wolle beschließen:

Das Handwerk ist wichtiger Partner und mit seiner Expertise treibende Kraft für die Energiewende. Mit seiner Arbeit leistet das Handwerk einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz in Schleswig-Holstein.

Der Landtag begrüßt die Vereinbarung zwischen Landesregierung und Handwerk vom 6. September, dass Aufträge für Installationen zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung vorrangig umgesetzt werden sollen. Der schleswig-holsteinische Landtag dankt dem Handwerk für seinen verantwortungsvollen Beitrag in der Energiekrise.

Der Landtag stellt fest, dass die Dekarbonisierung privater Haushalte entsprechender staatlicher Unterstützung bedarf. Dabei liegt die Verantwortung zur Dekarbonisierung von Gebäuden besonders in Hand der Personen mit Wohneigentum. Diese wollen wir gezielt unterstützen und begrüßen daher, dass die Landesregierung das Klimaschutzprogramm für Bürgerinnen und Bürger mit gezielten Fördermaßnahmen neu auflegen wird.

Um Personen in Mietverhältnissen klimaneutrale Wärme zu ermöglichen, ist die Dekarbonisierung von Fernwärmenetzen elementar. Daher begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung das Sondervermögen klimaneutrale Kommune auf den Weg bringt. Gleichzeitig sind auch niedrigrschwellige Möglichkeiten, Klimaschutz in Mietverhältnissen umzusetzen, wichtig. Daher bittet der Landtag die Landesregierung, bspw. Fördermaßnahmen wie die Anschaffung von

Balkonkraftwerken ebenfalls im Klimaschutzprogramm mit zu bedenken. Der Fördermechanismus des Programms sollte insbesondere bei größeren Maßnahmen gewährleisten, dass Förderbescheide vor der Investition vorliegen. So ist die Investition auch für Menschen möglich, die sich die Maßnahme nicht aus Eigenmitteln finanzieren könnten. Der Landtag bittet die Landesregierung, dies bei der Neuauflage zu beachten.

Lukas Kilian  
und Fraktion

Nelly Waldeck  
und Fraktion